

TEXTE ZUM

KOMMUNISMUS IN BULGARIEN

Momchil Metodiev

DER BULGARISCHE STAATSSICHERHEITSDIENST: URSPRUNG, ENTWICKLUNG, VERMÄCHTNIS

Die politische (oder „geheime“) Polizei ist eines der Wesensmerkmale des totalitären Staates; die Erforschung dieser Institution nimmt daher einen wichtigen Platz in den klassischen Deutungen des Totalitarismus ein. In diesem Kontext gehört das Vermächtnis der Staatssicherheit zu den Fragen, die in Bulgarien nach dem Fall des Kommunismus am meisten diskutiert wurden. Hauptursache hierfür ist, dass im Unterschied zu den zentraleuropäischen Ländern die Archive des kommunistischen Geheimdienstes erst 2007 geöffnet wurden. In dieser Zeit erlangten Verschwörungstheorien über den Anteil der ehemaligen Staatssicherheit an der Formierung der postkommunistischen Elite in Bulgarien große Popularität. Aus dieser Perspektive sind auch die Fragen zu erklären, die weiterhin um die Staatssicherheit und ihr Vermächtnis kreisen: Macht es Sinn, die Archive des Systems mehr als zwanzig Jahre nach ihrer Schließung zugänglich zu machen? Welchen Einfluss hat die ehemalige Staatssicherheit auf die Formierung der Eliten in der Transformationsperiode, und wie kann dieser Einfluss eingeschränkt werden? Auf diese Fragen wird eine Antwort gegen Ende des vorliegenden Textes gesucht, nachdem Geschichte und Entwicklung der staatlichen Repressionsapparate des kommunistischen Regimes dargestellt wurden.

In der Geschichte der bulgarischen Staatssicherheit lassen sich drei Perioden von einander abgrenzen. Die erste ist die Zeit der Formierung des Systems während des ersten Jahrzehnts nach der Machtergreifung der Kommunisten 1944 – eine von politischer Gewalt getränkte Epoche, in der die Staatssicherheit zur physischen Auseinandersetzung mit politischen Feinden, inklusive derer in der Kommunistischen Partei selbst, benutzt wurde. Die zweite Periode ist die Epoche der Entstalinisierung nach 1953, des relativen Nachlassens des brutalen Drucks dieser Strukturen und ihrer Umwandlung in einen Apparat zu effektiver, aber möglichst unsichtbarer Kontrolle der Bevölkerung. Ende der 1960er Jahre ist ein Wiedererstarken der einstigen Strukturen festzustellen; dafür steht symbolisch die 1967 neu gegründete Sechste Hauptdirektion der Staatssicherheit, auf der die Hoffnungen ruhen, sie möge den Prozess des Absinkens der Popularität der Staatsführung durch die kommunistische Partei (BKP) stoppen oder wenigstens kontrollieren.

Formal ist das Geburtsjahr der kommunistischen Staatssicherheit das Jahr 1947; die noch bis 1944 existierende Abteilung für Staatssicherheit wurde in eine eigene Direktion für Staatssicherheit im Innenministerium umgewandelt. Bis 1954 wurde dieses System häufigen Reorganisationen unterzogen, was ein Nachverfolgen seiner Struktur erschwerte. Von Beginn ihres

Bestehens an unterliegt die Staatssicherheit zwei Einflussfaktoren: An erster Stelle ist dies die Unterordnung unter die BKP, wobei Veränderungen und Erschütterungen in derselben sich direkt auf die Stasi auswirkten. An zweiter Stelle stehen das Kopieren des sowjetischen Modells und die Abhängigkeit von den Veränderungen im sowjetischen KGB. Hierzu trägt auch die Entsendung sowjetischer Berater nach Bulgarien bei, die eine wichtige Rolle bei der Einführung der Arbeitsmethoden der sowjetischen Sicherheitsbehörde in Bulgarien spielen. Vor allem im ersten Jahrzehnt der kommunistischen Macht war die Rolle der sowjetischen Berater mit General Filatov als dem berühmtesten im Innenministerium so groß, dass einigen Quellen zufolge diese sogar die Befugnis hatten, die Beschlüsse des Innenministers anzufechten. General Filatov führte überdies persönlich die Ermittlungen in einigen der berühmtesten politischen Schauprozesse, die in Bulgarien in dieser Periode abgehalten wurden.

Ihre klassische Struktur nimmt die Staatssicherheit 1962 an. Da wird durch zwei Beschlüsse des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der BKP die Struktur des Systems geregelt, die dann bis zum Ende des Regimes relativ unverändert bleibt, und ebenso seine Funktionsweise. Ganz allgemein gesagt, können die Strukturen der Staatssicherheit unterteilt werden in operative (die in ihrer Tätigkeit hauptsächlich auf Agenten/Agenturen setzen), nicht-operative (für die Agenten nur zweitrangige Bedeutung haben) und Hilfsdirektionen. Die klassische Staatssicherheit hat folgende Struktur:

Operative Direktionen

Erste Direktion: Außenpolitische Aufklärung (einschließlich wissenschaftlich - technische und kulturell - historische Aufklärung).

Zweite Direktion: Spionageabwehr.

Dritte Direktion: Militärische Spionageabwehr.

Vierte Direktion: Gegenauflärerische Wirtschaftsdienste.

Fünfte Direktion: Gefahrenschutz und Sicherheit.

Sechste Direktion: Kampf gegen „ideologische Abweichung“.

Aufklärungsdirektion beim Generalstab der Bulgarischen Volksarmee (BNA) (РУ – ГЩ или РУМНО) – die militärische Aufklärung, die formal nie Teil der Struktur der Staatssicherheit war, aber denselben Methoden und Arbeitsprinzipien verpflichtet ist.

Nicht-Operative Strukturen

Technische Direktion.

Siebte Direktion: Zentralkommission für Information und Organisation.

Hauptermittlungsdirektion beim Innenministerium (bis 1979 – Abteilung Untersuchung/ Ermittlung bei der Staatssicherheit).

Direktion Information und Archiv (bis 1986 – Abteilung Kartei und Archiv).

STAATSSICHERHEIT UND POLITISCHE REPRESSION(EN)

Die kommunistische Staatssicherheit wird im Jahrzehnt von 1944-1954 aufgebaut – einer Epoche politischer Gewalt, durch die sich die Staatssicherheit über das Gesetz stellt, was ihr wiederum einen wichtigen Platz im Prozess der politischen Beschlussfassung und Entscheidungsfindung garantiert. In dieser Periode ist die Staatssicherheit an der Auseinandersetzung mit den realen und vermeintlichen politischen Gegnern des Regimes beteiligt. Anfang der 1950er Jahre ist die Staatssicherheit auch an den politischen Säuberungen innerhalb der BKP beteiligt. 1954 gibt der damalige Parteichef der Kommunisten die Einschätzung ab, dass die Staatssicherheit in den Jahren zuvor unter den Bedingungen eines „Ausnahmestands“ gearbeitet hat, womit er bestätigt, dass sich die Staatssicherheit nicht an die bestehende Gesetzgebung halten müssen und dass die von ihr ausgeübten politischen Repressionen nicht gesetzlich geregelt waren. Im ersten Jahrzehnt lösen sich Anton Jugov (1944-1949), Russi Christosov (1949-1951) und Georgi Tsankov (1951-1962) als Innenminister ab, die sich den finsternen Ruhm teilen, Organisatoren und ausführendes Organ dieser politischen Säuberungen zu sein.

Die repressiven Instinkte des Systems bilden sich in den Jahren 1944-1947. Eine der Prioritäten der damals noch Bulgarische Arbeiterpartei heißenden Kommunisten ist die Erringung der vollen Kontrolle über die Sicherheitsorgane; in den ersten Monaten nach dem Umsturz vom 9. September 1944 werden deshalb in die damalige Abteilung für Staatssicherheit auf zentraler wie lokaler Ebene Aktivisten der BKP und ehemalige Partisanen eingeschleust. Das Fehlen eines klaren Reglements für die Arbeit dieser Behörden wird als Hinweis auf unkontrollierte politische Gewalt gedeutet, deren Ausmaß heute kaum durch Konsultierung der Archive festgestellt werden kann, weil insbesondere in den ersten Jahren des Kommunismus der Großteil der Repressionen nicht dokumentiert wurde und als persönli-

che Rache oder Ausschreitungen der lokalen Behörden getarnt war.

Die Staatssicherheit ist an einigen Repressionswellen beteiligt. Die erste richtet sich gegen die Parteivorsitzenden anderer Parteien und gegen die politische Opposition unmittelbar nach der Machtergreifung; der Beginn der Diktatur wird noch kaschiert durch die Bildung einer Koalition linker Parteien namens Vaterländische Front. Opfer der ersten Repressionswelle werden eine große Zahl von Menschen, die aus politischen oder auch persönlichen Gründen ins Blickfeld der zentralen oder lokalen Parteiführungen geraten. Die genaue Zahl der Toten dieses unkontrollierten politischen Terrors ohne gerichtliche Grundlage bewegt sich im Bereich einiger zehntausend Menschen¹. Die exakte Zahl ist bis heute nicht festgestellt worden.

Die zweite Repressionswelle findet in der Periode der sog. Volksgerichtshöfe statt. Das entsprechende Gesetz über diese Sondergerichte wird am 6. Oktober 1944 beschlossen. Das kaum verhohlene Ziel des Volksgerichtshofs ist die Vernichtung der bisherigen politischen und intellektuellen Elite des Landes. Der bulgarische Volksgerichtshof ist seinem Wesen nach ein politisches Tribunal, dessen gerichtliche Zusammensetzung (Geschworene) von den örtlichen Parteikomitees bestimmt wurde. In der Zeit seines Bestehens von November 1944 bis April 1945 sprach der Volksgerichtshof über 2600 Todesurteile aus, weitere 8000 Menschen werden zu verschiedenen langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Nach der Unterzeichnung des Pariser Friedensvertrags vom 10. Februar 1947 wird Bulgarien endgültig Teil des sowjetischen Einflussgebiets. Die regierende kommunistische Partei bekommt dadurch grünes Licht für eine neue Repressionswelle, die in einer Reihe von politischen Schauprozessen gegen die Führer der Oppositionsparteien, die bis vor kurzem noch Mitglieder der Vaterländischen Front waren. Ergebnis der dritten Welle politischer Repressionen ist also die Vernichtung der parlamentarischen Opposition. Der Vorsitzende der größten Oppositionspartei, des Volksbauernbundes (BZNS), Nikola Petkov wird zum Tode verurteilt und am 23. September 1947 erhängt.

¹ In der Literatur kursieren verschiedene Daten über die Opfer der ersten Repressionswelle. Christo Christov weist aus (Verbrechen zur Zeit des kommunistischen Regimes und Versuche ihrer Erforschung nach dem 10. November 1989. In: www.geocities.com/decommunization/Articles/Hristov4.htm), dass die Zahl der Opfer zwischen 30 000 und 40 000 Personen liegt. Eine Zahl von ca. 20 000 Opfern wird von Ljubomir Ognjanov in seiner Studie *Staatspolitisches System Bulgariens 1944-1948*. Sofia: Verlag der Bulg. Akademie der Wissenschaften 1993, S. 27 ausgewiesen.

Die nächste Repressionswelle richtet sich gegen Angehörige der BKP selbst; Bulgarien bildet in dieser Beziehung keine Ausnahme unter vielen anderen Ländern in Osteuropa. Opfer dieser Säuberung werden Parteifunktionäre aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, die der Kollaboration mit Tito-Jugoslawien und einer vermeintlichen Verschwörung gegen die Sowjetunion beschuldigt werden. Eines der ersten Opfer dieser Schauprozesse in Osteuropa wird der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Trajtscho Kostov, einer der Führer der BKP aus der Zeit ihrer Illegalität. Er wird 1949 hingerichtet. Der Prozess gegen Trajtscho Kostov wurde in der typischen stalinistischen Manier geführt - im Laufe der Ermittlungen wurde der Beschuldigte gezwungen, ein Geständnis zu unterzeichnen. Später vor Gericht widerruft er sein Geständnis - ein schwerer Schlag gegen die Propaganda der Prozessorganisatoren. Die Säuberungswelle dauert bei variierender Intensität bis 1954. Opfer werden sowohl politische Leitfiguren der Partei als auch Parteifunktionäre auf verschiedenen Parteiebenen. Opfer wird auch die Leitung der Staatssicherheit, die ebenfalls ausgetauscht wird.

Die Schauprozesse gegen Vertreter der Opposition oder gegen kommunistische Funktionäre sind Signal für Massenverhaftungen und Inhaftierungen auch der jeweiligen Anhänger. Sie werden in die neu gebildeten Arbeitslager interniert, die so genannten Arbeitserziehungskooperativen. Die Einweisung in diese Lager ersetzt Gerichtsverhandlungen - sie erfolgt nicht auf richterlichen Beschluss, sondern auf Befehl der Staatssicherheit, die - ebenfalls auf dem Verwaltungswege - die Dauer festlegt, für die eine Person im Lager interniert bleibt. In der Regel wird der Inhalt dieser Befehle sowohl vor dem Betroffenen als auch vor seinen Angehörigen geheim gehalten.

Das erste dieser Lager wird im Januar 1945 am Bahnhofsviertel Sveti Vrach eröffnet. Es besteht bis zum März desselben Jahres. Der Ministerrat macht erst 1949 einen Versuch, ein System der Lager zu etablieren. Im April 1949 wird das berühmte Lager auf der Donauinsel Belene Hauptlager für politische Gegner des Regimes. Der Name Belene wird rasch zum Synonym für politische Gewalt aus der Epoche des Kommunismus. Zu Beginn sind 4500 Häftlinge dort interniert, bis 1952 sinkt ihre Zahl auf 2323. Das Lager besteht bis zum 1. Januar 1953 fort, denn zu diesem Stichtag werden alle „Arbeitserziehungskooperativen“ zeitweilig geschlossen. Das Lager Belene wird im Herbst 1956 aber infolge des Ungarn-Aufstandes erneut geöffnet, um so die Kontrolle über die Opposition mit den altbewährten, grausamen Methoden wiederherzustellen.

Am 27. August 1959 werden durch Beschluss des Politbüros die Lager erneut geschlossen. Zu diesem Zeitpunkt befinden sich im Lager Belene noch 276 Personen.

Neben Belene gibt es zu dieser Zeit noch einige andere, kleinere Lager von ebenfalls trauriger Berühmtheit wie etwas Kutzian, Bosna, Buchovo. Nach der Schließung des Lagers bei Belene werden 166 Insassen als „unverbesserliche Wiederholungstäter“ eingestuft und in das neueröffnete Lager in Lowetsch verlegt, das bis 1962 besteht. Durch das Lager von Lowetsch gehen 1501 Menschen, von denen 147 infolge der unmenschlichen Haftbedingungen sterben. Das Lager bei Belene wird noch einmal zur Zeit des sog. Wiedergeburtprozesses Mitte der 1980er Jahre geöffnet.

Mirtscho Spassov zeichnet in den 50er Jahren verantwortlich für das Lagersystem, er ist die personale Verkörperung dieses Typs politischer Säuberungen. Spassov ist zuerst Leiter der Sofioter Bezirksdirektion des Innenministeriums von 1954-1957, dann stellvertretender Innenminister von 1957-1973 und schließlich Leiter der Personalabteilung im Zentralkomitee der Partei.

Die einzigen Angaben über die Führung der Lager und das Leben in ihnen, vor allem in Belene, sind die Erinnerungen der überlebenden politischen Gefangenen enthalten – ehemalige Diplomaten und Intellektuelle, Mitglieder der Bauernpartei und sogar ehemalige Kommandanten von Partisanentrupps.

Die Betroffenen werden in der Regel überraschend von der Staatssicherheit verhaftet und nach einigen Tagen Arrest ohne richterlichen Beschluss und ohne darüber in Kenntnis gesetzt zu werden, wohin sie kommen, im Zug an die Donau verbracht, wo man sie in Booten auf die Flussinsel übersetzt. Das Leben im Lager findet unter schwierigsten, lebensbedrohlichen Bedingungen statt; die Gefangenen müssen schwere Zwangsarbeit leisten – vor allem Holzeinschlag und Deichbau, und dies mit primitivsten Mitteln. Das Besuchsrecht ist zwar geregelt, aber stark in Abhängigkeit gesetzt zur Strafe und zum Status des Gefangenen. Die Häftlinge mit den schwersten Strafen haben das Recht auf einen Besuch und den Erhalt eines Briefes von ihren Verwandten in drei Monaten. Die tägliche Nahrungsration im Lager umfasst 400 Gramm Brot und geringfügige Mengen anderer Grundnahrungsmittel schlechter Qualität.

DIE KLASSISCHE STAATSSICHERHEIT – WICHTIGE DOKUMENTE / UNTERLAGEN

Ein Jahr nach dem Tod Stalins erreichen die politischen Veränderungen auch die bulgarische Staatssicherheit. 1954 setzt die Parteiführung sich das Ziel, „die Folgen des Persönlichkeitskultes zu überwinden“ und initiiert auch Veränderungen im System der politischen Staatspolizei. Der Apparat wird strenger Kontrolle durch die Partei unterworfen; es ist der Staatssicherheit verboten, sich in politische Kämpfe innerhalb der kommunistischen Partei einzumischen, und sie muss die Gesetze des Landes fortan achten; schließlich wird die direkte Repression gegen politische Gegner durch eine ausgefeiltere Agententätigkeit ersetzt.

Ein Zeugnis für diesen drastischen Wandel ist die Rede von Parteichef Valko Tschervenkov vor deren Führungskräften am 17. April 1954. In dieser Rede versucht Tschervenkov, der bereits in stalinistischer Zeit Parteivorsitzender war, sich als Reformator zu präsentieren. Die Ausführungen zeigen zudem, wie weit die Stasi bereits einen „Staat im Staate“ gebildet hatte. Tschervenkov bekräftigt, die Staatssicherheit müsse „Augen und Ohren der Partei und der Volksmacht“ sein und „das gezückte Schwert der Diktatur des Proletariats“. Im gleichen Atemzug wird kritisiert, dass die Staatssicherheit sich „über die Partei und die Regierung“ stelle; dies wird als „feindliche Tendenz“ und „grobe und gefährliche Entartung“ eingestuft. Unmissverständlich wird gesagt, dass nach der definitiven Zerschlagung der Opposition, und nachdem „die Gesetze jetzt die unseren, sozialistischen“ seien, die Staatssicherheit aufhören müsse, mit „administrativen Maßnahmen“ zu arbeiten, sich als über Gesetz und Partei stehend zu betrachten und nun ihre Position zu akzeptieren als die einer der Parteiführung untergebenen staatlichen Institution.

Während fast der ganzen kommunistischen Periode ist die Staatssicherheit eine Eliteabteilung des Innenministeriums, während die Volksmiliz, die nur für die Wahrung der öffentlichen Ordnung zuständig ist, einen untergeordneten Platz einnimmt. Für kurze Zeit wird die Staatssicherheit nun während der 1960er Jahre praktisch ausgegliedert und erhält unter dem Namen Komitee für Staatssicherheit den Rang eines Ministeriums. 1968 werden Staatssicherheit und Volksmiliz wieder unter dem Dach des Innenministeriums zusammengeführt, als Angel Solakov, der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit, auch zum Innenminister ernannt wird. Er bleibt bis 1971 auf seinem Posten und wird von Angel Tsanev (Innenminister von 1971-1973) abgelöst. Doch die Karriere beider endet unrühmlich,

da sie das Vertrauen Todor Schivkovs verlieren. Besonders dramatisch verläuft die Absetzung Solakovs, der bis zu diesem Moment als eines der mächtigsten Mitglieder der Parteispitze galt und sogar als potentieller Konkurrent Schivkovs eingeschätzt wurde. Die Absetzungen der beiden Innenminister und insbesondere die von Angel Solakov sind exemplarisch für Schivkovs Praxis, unangekündigt und ohne jegliche Begründung die Personen aus dem Weg zu räumen, die den informellen Status des „zweiten Mannes“ im Staat erlangt haben. Ein ähnliches Schicksal erfahren bis 1989 mehrere Mitglieder der Parteiführung.

1973 wird Dimiter Stojanov zum Innenminister ernannt und bleibt in dieser Funktion bis 1988; damit ist er, da Schivkov an seiner Loyalität keine Zweifel bekommt, der Innenminister mit der längsten Dienstzeit im kommunistischen Bulgarien. Ein Jahr vor dem Ende des Kommunismus wird Stojanov zum Mitglied der engsten Parteispitze ernannt, als neuer Innenminister tritt Georgi Tanev am 15. Dezember 1988 an seine Stelle und bleibt auf diesem Posten bis zum 27. Dezember 1989. Neben dem Minister sind in dieser Periode auch die beiden stellvertretenden Minister unersetzlich, die die Einhaltung der Richtlinien des Systems überwachen: Grigor Schopov (1. Stellvertreter des Ministers, der die innere Sicherheit überwacht) und Stojan Savov, der die Aufklärung überwacht.

Zurzeit von Stojanov verabschiedet die Parteispitze eine Reihe von Beschlüssen, deren Ziel es ist, die Arbeit der Staatssicherheit detailliert zu regeln. Der Staatssicherheit gelingt es, ein System der totalen, doch ohne viel Blutvergießen auskommenden Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens in Bulgarien zu etablieren und der sowjetischen Aufklärung bei der Informationsgewinnung im Ausland und bei der Ausführung „aktiver Operationen“ eine verlässliche Stütze zu bieten.

Mitte der 1980er Jahre entzieht sich die Staatssicherheit sukzessive dem vorgegebenen Rahmen und beginnt zunehmend, sich der politischen Kontrolle zu entziehen und zu den Methoden offener Repression zurückzukehren. Beispiel hierfür sind die repressiven Maßnahmen gegen die türkische Minderheit im Land, die als Wiedergeburtprozess in die Geschichte eingegangen sind. Die Aktion war charakterisiert durch die größte politische Gewalt, die vom Geheimdienst seit 1950 angewandt wurde.

Das wichtigste Papier, das in dieser Periode zur Regulierung der Tätigkeit der Staatssicherheit beschlossen wird, ist der Erlass des Staatsrats über die Rechte und Funktionen der Staatssicherheit, dessen nicht-geheimer Teil in der Staatszeitung vom 20. August 1974 veröf-

fentlicht wird. Er erfüllt die Aufgabe einer Verfassung für das Sicherheitssystem bis zum Ende des kommunistischen Regimes. Die Staatssicherheit wird darin definiert als *„spezialisiertes Regierungsorgan, eingebettet in das System des Innenministeriums, mit der Bestimmung, die Sicherheit der Volksrepublik Bulgarien zu gewährleisten und den sozialistischen Aufbau von Staat und Gesellschaft vor verbrecherischen Zugriffen zu schützen“*.

Laut diesem Dokument ist die Staatssicherheit dem Innenminister unterstellt, der seinerseits über seine Tätigkeit Rechenschaft ablegt „vor dem Zentralkomitee der BKP, respektive vor dem Politbüro und dem Ersten Sekretär des ZK der BKP“, d. h. vor Todor Schivkov persönlich. Sie hat das Recht, zur Tarnung die anderen staatlichen Einrichtungen zu nutzen sowie Bürger „zu freiwilliger Mitarbeit auf öffentlicher Grundlage“ anzuwerben.

ORGANISATION DER ARBEIT DER STAATSSICHERHEIT

Einen zentralen Platz in der Arbeit der Staatssicherheit nehmen Offiziere ein (operative Arbeiter genannt), die Agenten betreuen, von denen sie in eigens hierfür bereitgestellten konspirativen Wohnungen Aussagen sammeln; diese Wohnungen sind Eigentum von Privatpersonen, die sich zur Kooperation mit der Stasi bereit erklärt hatten. Die Arbeit des Nachrichtendienstes im Ausland ist denselben Regeln unterworfen, die Mitarbeiter verwenden allerdings komplizierte konspirative Methoden zur Informationsgewinnung (z. B. Geheimpfächer zur Übergabe von Papieren u. ä.), da sie in einem feindlichen ausländischen Umfeld arbeiten müssen.

Die beiden Hauptzweige der Staatssicherheit – Nachrichtendienst und Spionageabwehr – haben eine identische Hierarchie festangestellter Mitarbeiter und Agenten (Agenten):

NACHRICHTENDIENST

Operative Arbeiter:
fest angestellte Offiziere

Resident: operativer Mitarbeiter, der die Geheimdienststrukturen in einem bestimmten Staat leitet (genannt Residentur)

Agenten: offiziell angeworbene ausländische Bürger

Geheime Mitarbeiter: angeworbene bulgarische Bürger, die dem Geheimdienst zuarbeiten

Operative Kontakte (oder vertrauliche Kontakte):

ausländische Bürger, die zuverlässige Informationsquellen sind, ohne formell angeworben worden zu sein

Das Akquirieren von Agenten erfolgt bei dem Nachrichtendienst und der Spionageabwehr auf identische Weise: auf ideologisch-politischer Basis oder durch Abhängigkeit, wie z. B. materielle oder berufliche Interessen oder durch kompromittierendes Material, also Erpressung und Drohung. Die bislang ausgewerteten Dossiers (Akten) enthüllen, dass im Laufe der Zeit die Zahl der Personen erhöht wurde, die angeblich auf ideeller Grundlage angeworben wurden, deren leitendes Motiv jedoch war, durch die Mitarbeit bessere Karrierechancen zu haben. Die Staatssicherheit konnte folglich eine Art sozialer Aufzug für ihre geheimen Mitarbeiter sein. Dies macht sie zu einem wichtigen Faktor bei der Auswahl der Eliten vieler gesellschaftlicher Gruppen und Berufe auch nach dem Ende des Kommunismus.

Im Inland hat ein operativer Arbeiter im Durchschnitt etwa zehn geheime Mitarbeiter, die unter seiner Leitung stehen, mit denen er je zwölf Treffen jährlich abhalten musste, also mindestens eines im Monat. Ähnlich wie die „Ziele“ (d. h. die von der Staatssicherheit ausgekundschafteten Personen) der Staatssicherheit werden auch die Agenten selbst regelmäßig einer Loyalitätsprüfung unterzogen: durch Lauschangriffe (Abhörung), Kontrolle der Korrespondenz oder durch Sammlung von Informationen über sie durch andere Agenten. Die auf dem Agentenwege erhaltenen Aussagen (entweder vom Agenten selbst schriftlich eingereicht oder vom operativen Arbeiter schriftlich erfasst) können Informationswert haben, sie können aber auch dazu verwendet werden, sanfte oder harte Repressionen gegen politische Gegner oder Andersdenkende auszuüben. Im Lande können diese Repressionen von sanften Maßnahmen wie der sog. „Prophylaxe“ (also einer Verwarnung) reichen, über Sperren der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten bis hin zu strafrechtlicher Ermittlung und Gefängnis, nachdem die von den operativen Direktionen gesammelten Aussagen und Informationen den Untersuchungsbehörden und der Staatsanwaltschaft übergeben worden sind. Es werden entsprechend Akten über Verdächtige angelegt und ein Vorgang zur operativen Überprüfung oder Überwachung eingeleitet. Ziele können sowohl einzelne Personen als auch ganze Gruppen werden, die „staatsfeindlicher Tätigkeit“ verdächtig sind. Die Informationen über die Ziele werden in einem gesonderten Archiv verwaltet, an das alle von den verschiedenen Agenten gesammelte Daten übergeben werden. Die Agenten haben ihrerseits ebenfalls eine Archivakte, in der die Informationen aufbewahrt werden, die diese gesamt-

melt haben. Die Qualität der Archivpflege hängt von dem Bemühen des operativen Arbeiters ab. Daher kann es heute vorkommen, dass ein Dokument in dem eine Archivakte entdeckt wird (dem des Ziels), nicht aber in dem des Agenten (oder umgekehrt), – die zielgerichtete Vernichtung von Archivalien dem Ende des Kommunismus kann die Recherche zusätzlich erschweren.

Der Nachrichtendienst und die Spionageabwehr haben die Aufgabe, nicht nur Repressionsaufträge auszuführen, sondern auch die nationale und internationale Legitimität des Regimes zu sichern. Eines der Ziele der Aufklärung in diesem Zusammenhang ist, Mitarbeiter in internationale Organisationen einzuschleusen und gemeinsam mit den anderen kommunistischen Staaten die Tätigkeit dieser Organisationen in eine ihnen genehme Richtung zu lenken. Die Aufgabe, die Legitimität des Regimes zu stützen, haben auch die Abteilungen für innere Sicherheit; die Agenten sollen die Möglichkeit bekommen, einen „positiven Einfluss auf einen größeren Kreis von Menschen“ auszuüben sowie „die Situation zuverlässig zu kontrollieren und auf ihre Entwicklung in eine den Organen der Staatssicherheit gewünschte Richtung einzuwirken“. Das Bestehen eines solchen Netzes von Mitarbeitern gibt die Möglichkeit, es bei Bedarf für die Manipulation der öffentlichen Meinung in die vom Regime und der Staatssicherheit gewünschte Richtung zu mobilisieren.

Die Staatssicherheit beeinflusst so staatliche Institutionen, indem sie diese mit Personen durchsetzt, die dort verdeckt arbeiten und die ihrerseits dort arbeitende Menschen als Geheimdienstmitarbeiter anwerben. Am höchsten ist der Grad der Infiltrierung durch Stasi-Leute im Außenministerium und im Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen. So verfügt im Jahr 1988 die Erste Stasi-Hauptdirektion über 246 fest angestellte Mitarbeiter, die undercover in den bulgarischen Vertretungen im Ausland arbeiten; das ist nur das Kontingent an operativen Arbeitern für die politische Aufklärung, ohne die geheimen Mitarbeiter zu zählen, die in derselben Behörde arbeiten, sowie die Angestellten der Militärischen Aufklärung.

Das Erbe, das die Staatssicherheit in der staatlichen Verwaltung nach 1990 hinterließ, gehört zu einem der schwersten Probleme für das junge demokratische Bulgarien, welches durch die inkonsequenten Versuche zur Öffnung der Archive der DS, die erst seit 2006 zugänglich sind, erheblich verstärkt wurde.

NACHRICHTENDIREKTIONEN

Die Nachrichtendirektionen waren die Hätschelkinder der kommunistischen Machthaber. Geschaffen in der Morgenstunde des Kommunismus, etablierten sie sich als eine der wichtigsten und am schnellsten wachsenden Strukturen der Special Services. Per Definition mussten für sie die fähigsten Offiziere arbeiten. Da diese häufig ins Ausland reisen können, ist bei ihnen auch eine über allen Zweifel erhabene ideologische Loyalität Voraussetzung. Die Auslandsaufklärer sind nicht nur an der Sammlung politischer oder militärischer Information beteiligt, sondern auch bei der Ausführung aktiver Maßnahmen aller Art im Ausland, darunter auch sog. „scharfe Maßnahmen“ (Entführungen und Ermordungen von Regimegegnern).

Die Nachrichtendirektionen werden mit der organisatorischen und administrativen Unterstützung der Sowjetunion aufgebaut. Dank dieses Umstandes sind der bulgarische und der sowjetische Geheimdienst von Anfang an vollkommen aufeinander abgestimmt. Die Säuberung der bulgarischen diplomatischen Missionen von Gegnern des neuen Regimes bis zum Jahresende 1948 ist begleitet von intensiven Schulungen der ersten Kader der außenpolitischen und militärischen Aufklärung. 1946 werden zwanzig bulgarische Stasi-Mitarbeiter zu einer sechsmonatigen Spezialschulung in die UdSSR geschickt; ebenso viele sind es auch in den beiden folgenden Jahren.

Als Gründer des bulgarischen Nachrichtendienstes gilt Christo Boev, der in der Zeit von 1949 bis 1952 als Leiter der neuen Struktur den sowjetischen Stempel aufdrückt und die ersten legalen bulgarischen Dependancen im Ausland aufbaut; dabei hilft ihm seine persönliche Erfahrung, die er als illegaler sowjetischer Geheimdienstler in den 20er und 30er Jahren gesammelt hatte. Unter den neu ernannten bulgarischen „Diplomaten“ aus dieser Periode ist auch Raiko Nikolov, mit dessen Namen auch einer der größten „Erfolge“ des bulgarischen Nachrichtendienstes verbunden ist. 1966 meldet die französische Zeitung L'Express, dass Nikolov 1953 einen französischen Politiker und Minister der Verteidigung (1981-1985) angeworben habe, Charles Ernue, der danach zunächst zur sowjetischen Aufklärung, dann zur rumänischen versetzt wurde. Nikolov weist diese Anschuldigungen zurück, doch die Archivalien beweisen, dass Nikolov tatsächlich einen außerordentlich wertvollen Agenten angeworben hat.

Vergleichbare Fälle erfolgreicher Operationen sind in dieser Periode jedoch die Ausnahme, sei es wegen des Fehlens klarer Prioritäten, sei es wegen einer gewissen Überlappung der Tätigkeitsfelder der beiden Aufklärungs-

gen (der politischen und der militärischen), wegen des Fehlens gut geschulter Kader sowie wegen der nicht ganz klaren Reglementierung der Beziehungen zwischen den Aufklärungsorganen und den anderen staatlichen Institutionen. In einem Brief gibt 1948 Ivan Assen Georgiev, bulgarischer Diplomat in Paris, der bulgarischen Aufklärung eine vernichtende Bewertung: *„Es werden als Leiter der Nachrichtendienste Leute ins Ausland geschickt, die ungeeignet dafür sind... Deshalb ist der Nachrichtendienst schwach und wird ersetzt durch einen Strom aus Klatsch und Verleumdungen, die die Auslandsdienste und die Einigkeit der Bulgaren zerstören.“*

In den darauf folgenden Jahren arbeitet Ivan Assen Georgiev in der bulgarischen Vertretung in der UNO, 1964 wird er wegen Spionage für die USA inhaftiert und nach einem Schauprozess hingerichtet.

Auch in den folgenden Jahrzehnten ist die Abhängigkeit von den sowjetischen Nachrichtendiensten maßgeblich; die bulgarischen Aufklärer durchlaufen einjährige Schulungen in der russischen Kadenschmiede. In den Beziehungen zwischen den kommunistischen Staaten etabliert sich in dieser Zeit auch die Breschnjew-Doktrin, die das Konzept der nationalen Sicherheit durch die Idee des sozialistischen Internationalismus ersetzt, durch den die Gegenrevolution in Ländern des Ostblocks abgewendet werden soll.

Der bulgarische Nachrichtendienst fügt sich in das System der Dienste der kommunistischen Staaten ein, spezialisiert auf einige geographische Zonen, besonders die Nachbarstaaten Bulgariens, die Mitglied der NATO sind: Griechenland und die Türkei, aber auch die arabische Welt. In den Dokumenten sind die Prioritäten der Aufklärung unterteilt in drei geographische Zonen und nach Wichtigkeit geordnet. An erster Stelle stehen Griechenland und die Türkei. An zweiter die großen kapitalistischen Länder mit dem Schwerpunkt auf den USA, Italien, Frankreich und dem Vatikan. Die dritte geographische Zone sind die „schwach entwickelten arabischen und afrikanischen Länder“ (mit dem Hauptgewicht auf den arabischen Staaten). 1966 kommen zu diesen Prioritäten China und Albanien hinzu, vor allem im Kontext der angespannten Beziehungen zwischen der UdSSR und Chinas in dieser Zeit.

Der Elitestatus des zivilen Nachrichtendienstes ergibt sich schon aus ihrem Platz als Erste Hauptdirektion in der Struktur der Staatssicherheit. Einige der Abteilungen entsprechen den Prioritäten geographischer Provenienz, einige sind funktionale Abteilungen, die für einen bestimmten Typ von Operationen verantwortlich sind. In der Struktur der ersten Hauptdirektion befindet sich

auch der wissenschaftlich - technologische Nachrichtendienst (WTN), deren vorrangiges Ziel die Gewinnung von Nachrichten über neue Waffensysteme ist. Die Bedeutung des WTN wächst mit den Jahren, weil damit die Hoffnung verbunden wird, den technologischen Rückstand zu den westlichen Staaten aufzuholen. Die wachsende Bedeutung des WTN findet ihren Ausdruck auch in der häufigen Aufstockung seiner Mitarbeiteranzahl gegen Ende des Kommunismus. Bis 1980 gibt es ausgebaute Spionagenetze in den USA, Japan, Westdeutschland, England, Frankreich, Italien, Österreich und Kanada. Im selben Jahr wurden einzelne Vertreter dieser Direktion auch nach Schweden, in die Schweiz, die Niederlande, nach Indien und Spanien geschickt. Bis 1980 arbeiten im WTN 98 Offiziere und zehn technische Mitarbeiter; im selben Jahr wurden Mittel für die Einstellung weiterer 95 Offiziere bewilligt, von denen 65 für die Arbeit im Ausland vorgesehen sind.

Obwohl es dem WTN gelingt, dem Westen einige technologische Geheimnisse zu entwenden, wird kein Mechanismus entwickelt, wie die gewonnene Information umgesetzt und nutzbringend in die planwirtschaftliche Praxis eingeführt werden konnten. Die Bedeutung des WTN darf daher nicht überschätzt werden. Andrew und Mitrochin² stellen fest, dass im Ostblock die DDR und die CSSR in dieser Hinsicht am erfolgreichsten waren.

In der ersten Hauptdirektion gab es seit 1973 eine Abteilung zur kulturhistorischen Aufklärung. Ihre Aufgabe war, aus dem Ausland Dokumente zur bulgarischen Geschichte zu beschaffen wie auch den bulgarischen Standpunkt in historischen Streitigkeiten mit Nachbarstaaten zu verteidigen, auch durch Erarbeitung entsprechender Propagandamaterialien. Ihre Mitarbeiter haben aufgrund dieser Tätigkeit auch die Möglichkeit, politische Informationen zu gewinnen.

Diese Abteilung ist Urheber eines der größten Skandale nach 1990, die mit der Staatssicherheit verbunden sind. 1985 organisiert diese Abteilung den Diebstahl und die Überbringung der wichtigsten Handschrift aus dem bulgarischen Kloster des Klosterkomplexes auf dem griechischen Berg Athos: Die 1761 verfasste Slawo-Bulgarische Geschichte des Mönches Paissi von Chilandar, der ersten systematisiert niedergeschriebe-

² Vasilii Mitrokhin (1922-2004) ist Mitarbeiter in der Archivabteilung des politischen Nachrichtendienstes der UdSSR. 1992 gelingt es ihm, mit 22000 Seiten aus dem KGB Archiv nach Großbritannien zu fliehen. In Zusammenarbeit mit dem britischen Historiker Christopher Andrew veröffentlicht Mitrokhin eine Bücherreihe unter dem Titel „Mitrokhins Archiv“. Diese Reihe wird zur wertvollsten Quelle für die Forscher der KGB Tätigkeit während des Kalten Krieges (Christopher Andrew and Vasilii Mitrokhin, *The Mitrokhin Archive: The KGB and the West*, Gardners Books, 2000)

nen Geschichte der Bulgaren.³ In den folgenden Jahren liegt dieses wertvolle Buch im Safe des Abteilungsleiters der kulturell-historischen Aufklärung, bis das Geheimnis 1996 bekannt wird und ein diplomatisches Zerwürfnis mit Griechenland auslöst. Erst da wird entschieden, die Handschrift dem Athos-Kloster zurückzugeben.

Die vorhandenen Archivmaterialien bestätigen nicht die von ehemaligen Geheimdienstlern verbreiteten Legenden von den großen Erfolgen der bulgarischen Aufklärung in den Jahren des Sozialismus. Die Akten geben keinen Grund zu der Annahme, dass es der bulgarischen Aufklärung gelungen ist, nennenswerte Informationen zu beschaffen, die eine Schlüsselrolle beim Treffen politischer Entscheidungen gespielt hätten. Ursache hierfür sind die außerordentlich schwerfällige bürokratische Struktur der Aufklärung und die ununterbrochenen Befürchtungen enttarnt zu werden, was die bulgarischen Aufklärer im Ausland extrem vorsichtig vorgehen lässt sowohl beim Sammeln der gesuchten Daten als auch bei Einstellungen neuer Agenten.

So besteht zum Beispiel die Residentur in New York 1977 (die zur Tarnung hauptsächlich die bulgarische UNO-Vertretung benutzt) aus acht operativen Arbeitern bzw. entsandten Offizieren, die insgesamt nur zwölf Agenten steuern; die Zentrale gibt ihnen aber eine hohe Bewertung. Die Lage in den Nachbarländern ist nicht anders: 1968 teilt die Residentur in Athen mit, dass sie über neun griechische Bürger als Agenten verfügt, von denen sie mit fünf nennenswerten Kontakt unterhält, während der zu den restlichen vier verloren gegangen sei. Die Residentur selbst besteht aus elf Personen, davon sechs operativen Arbeitern; die übrigen sind Hilfspersonal (Funkler, Chauffeur, Wächter). Es ist bezeichnend, dass zu dieser Zeit Stojan Savov Resident in Athen ist, der in den folgenden Jahren zum stellvertretenden Innenminister befördert wird. In dessen Ressort fällt die Beobachtung der Arbeit des Geheimdienstes.

Die Residentur in Frankfurt, die zur Tarnung die bulgarische Handelsvertretung benutzt, besteht 1971 aus acht operativen Arbeitern, die aber nur drei ausländische Agenten befehligen und 26 bulgarischen Geheimdienstmitarbeitern. Für das gesamte Jahr verbucht die Residentur die Anwerbung von vier zeitweilig sich am Ort aufhaltenden bulgarischen Bürgern als Geheimdienstmitarbeitern und nicht einen neuen Agenten. Die Zentrale bilanziert denn auch, dass die Tätigkeit zur

³ Als Band im Insel- Verlag Leipzig in Norbert Randows reich kommentierter Übersetzung auf Deutsch erschienen (1984).

Herstellung von Kontakten mit örtlichen Bürgern „nicht zufriedenstellend“ sei; dafür aber wird der Resident Vladimir Todorov Ende der 1980er Jahre als letzter Leiter der Ersten Hauptdirektion ernannt.

Als Elitedienststelle angesehen, wird die Erste Hauptdirektion mit der Zeit zu einem attraktiven Karriereziel wegen der Privilegien und der langen Dienstreisen ins Ausland und Aufenthalte im Ausland. Die persönlichen Kaderakten der führenden Offiziere zeigen, dass die politische Vergangenheit eine Schlüsselbedeutung bei der ersten Offiziersgeneration hatte: aktive Mitgliedschaft in der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei, dem sozialistischen Arbeiterjugendbund oder Teilnahme an einem Partisanentrupp Anfang der 1940er Jahre garantieren einen vergleichsweise raschen Aufstieg auf der Karriereleiter. Im Unterschied dazu hat für die Karriere der zweiten Offiziersgeneration die Nähe zur ersten Offiziersgeneration ausschlaggebende Bedeutung, sei es verwandtschaftlich oder freundschaftlich. Ein solcher Kontakt ist entscheidend, um in das System hineinzukommen. Kleine Fehler können durchaus lange absichtlich übersehen oder gedeckt werden; große Fehlritte aber, die nicht kaschiert werden können (wie zum Beispiel der Verrat eines Agenten) zieht langfristige Disqualifizierung des betreffenden Offiziers / operativen Arbeiters nach sich; und dann werden im Lauf seiner Überprüfung zu seinen großen Fehlritten auch alle bis dahin unter den Teppich gekehrten kleinen Sünden und Fehler addiert. Waren unter der ersten Generation von Aufklärern und Gegen-aufklärern immerhin einige Idealisten oder Patrioten (im Verständnis der damaligen Zeit), so ist die zweite Generation dominiert von Bürokraten, deren wichtigstes Anliegen es ist, keinen Fehler zu machen, um ihre Stellung nicht zu gefährden und jeden erdenklichen Kontakt zu nutzen, der sie in eine höhere Position bringen könnte. Kurz gesagt: die Staatssicherheit und besonders die Aufklärung werden zum geschlossensten System im ganzen Land, in dem Verdienste wenig zählen und in dem niemand sich der Illusion hingibt, seine Karriere hänge von seinen beruflichen Fähigkeiten ab.

Der bulgarische Nachrichtendienst erlangt traurige Berühmtheit in der Welt vor allem durch die „scharfen Maßnahmen“ gegen Vertreter der bulgarischen Emigration, in den amtlichen Unterlagen „feindlich“ genannt. Die größte Empörung löst der sog. Regenschirm-Mord aus, die mit einem Rizin-Kügelchen 1978 in London begangene Ermordung des Schriftstellers Georgi Markov. Opfer der bulgarischen Stasi werden jedoch auch andere, nicht so berühmte Emigranten, die die Macht-haber kritisiert hatten.

Georgi Markov ist ein bulgarischer Schriftsteller, der nach seiner legalen Emigration in den Westen zum berühmtesten und wortgewaltigsten Kritiker des kommunistischen Regimes in Bulgarien wird. Geboren 1929, verlässt er Bulgarien 1969 als bereits anerkannter Schriftsteller, Dramatiker und Drehbuchautor. Dies ist auch das Motiv für die Sechste Hauptdirektion der DS, 1971 einen operativen Vorgang unter dem Codenamen Skitnik (Wanderer) gegen ihn zu eröffnen. Im folgenden Jahr wird er in Abwesenheit angeklagt, da er „sich dem Dienst fremder Staaten ergeben“ und Materialien „verleumderischen Inhalts“ gegen Bulgarien geschrieben habe, die auf ausländischen Radiosendern ausgestrahlt würden. Die Ermittlungen enden mit der Übergabe an ein Gericht; dies verkündet auf einer geschlossenen (nicht-öffentlichen) Verhandlung am 26. Dezember 1972 in Abwesenheit des Angeklagten das Urteil: sechseinhalb Jahre Freiheitsentzug.

Die Repression gegen den Schriftsteller nimmt noch drastischere Formen an, als die Akte gegen ihn am 9. April 1976 der Ersten Hauptdirektion der Staatssicherheit übergeben wird, weiterhin unter dem Codenamen Skitnik. 1977 ist Markov der berühmteste Kritiker des kommunistischen Regimes und von Todor Schivkov, denn seine Fernreportagen aus Bulgarien werden von Radio Free Europe übertragen und finden eine große Anhängerschaft im Land. In diesem Jahr wird entschieden, Markov zu „neutralisieren“. Eingeweiht in die Operation ist nur die höchste Führungsebene des Innenministeriums: Minister Dimiter Stojanov, sein für die Aufklärung zuständiger Stellvertreter Stojan Savov, der Leiter der ersten Hauptdirektion Vassil Kotsev, sein Stellvertreter Vladimir Todorov und Mitscho Genkovski, Leiter der Abteilung, in der die Akte gegen den Schriftsteller geführt wird; dazu noch der im Ausland operierende Agent der ersten Hauptdirektion Francesco Gullino mit dem Codenamen „Piccadilly“. Anfang 1978 wendet sich der bulgarische Geheimdienst an seine sowjetischen Kollegen mit der Bitte um Unterstützung bei der Liquidierung des Schriftstellers; trotz Bedenken liefert der KGB der bulgarischen Stasi das Gift Rizin. Die Organisation des Attentats aber lag in den Händen der bulgarischen Aufklärung. Es wurde am 7. September 1978 ausgeführt: Markov erinnert sich kurz vor seinem Tod, dass ihn auf der Waterloo-Brücke in London ein Passant angerempelt habe; danach habe er einen scharfen Stich verspürt und einen Menschen gesehen, der sich nach seinem Regenschirm bückte. Alle Versuche, den Schriftsteller zu retten, sind vergeblich; am 11. September stirbt Markov im Londoner St. James-Hospital.

Einige Tage zuvor, am 26. August 1978, war ein Mordversuch gegen einen anderen bekannten Regimekritiker verübt worden: den Journalisten Vladimir Kostov. Das Attentat gegen ihn wurde in Paris verübt; die Methode ähnelt stark der Attacke gegen Georgi Markov, doch Kostov überlebt den Anschlag.

Der Mord an Georgi Markov ruft unter der Bezeichnung Regenschirm-Mord ein gewaltiges Medienecho im Westen hervor und wird dadurch zur propagandistischen Katastrophe für das bulgarische Regime. Die bulgarische Stasi bestreitet vehement jede Beteiligung und bringt stattdessen verschiedene lügenhafte Versionen in Umlauf. Der Mord bleibt unaufgeklärt. Erst nach 1989 beginnen die ersten antikommunistischen bulgarischen Politiker, nennenswerte Anstrengungen zu unternehmen, um die Wahrheit herauszufinden. Im Gange der neu aufgerollten Ermittlungen wird klar, dass die Akten mit dem Vorgang gegen den Schriftsteller vernichtet oder zumindest aus den Archiven der Staatssicherheit verschwunden sind. Dies hatte der letzte Leiter der Aufklärungsdirektion, General Vladimir Todorov mit Erlaubnis von Stojan Savov angeordnet, der Ende 1989 stellvertretender Innenminister war. Gegen beide wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das mit der Einleitung eines Verfahrens endete. Savov begeht am 6. Januar 1992 Selbstmord, 48 Stunden vor der Eröffnung der Gerichtsverhandlung; Todorov wird zu vierzehn Monaten Freiheitsentzug verurteilt.

Die Akte ist bis heute verschwunden, doch nach jahrelangen Forschungen in den Archiven und Gerichtsprozessen gegen die für den Zugang zu den Geheimarchiven zuständigen Institutionen konnte der Journalist Christo Christov auf dokumentarischem Wege beweisen, dass der Mord vom bulgarischen Geheimdienst organisiert wurde und der Attentäter der für die erste Hauptdirektion arbeitende Agent mit dem Codenamen Piccadilly ist, hinter dem sich der Italiener mit dänischem Pass Francesco Gullino verbirgt. Dieser war 1971 als Agent für die erste Hauptdirektion geworben worden, nachdem er von den bulgarischen Behörden auf bulgarischem Territorium bei einem Schmuggelversuch gefasst worden war. 1977 sollte er in der Sache Skitnik tätig werden; in den Jahren nach dem Attentat wurde er mit mindestens 30.000 US-Dollar honoriert. Die Stasi brach die Verbindung zu ihm 1990 ab. Am 7. April 1990 trifft ihn sein Leitungsoffizier, Oberst Mitscho Genkovski, in Budapest, auf dem der Offizier den Agenten darüber informiert, dass der Kontakt zu ihm „eingefroren“ würde, die Stasi sich aber für seine Stabilisierung Sorge tragen würde. Der Agent erhält von seinem Führungsoffizier 700 US-Dollar.

Christo Christov enthüllt auch den Mord an einem anderen, nicht so bekannten bulgarischen Emigranten, Boris Arsov, der 1974 von einem bulgarischen Geheimdienstler aus Dänemark entführt und anschließend in Bulgarien zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt wurde. Doch schon im Dezember 1974 wird Arsov in seiner Zelle erhängt aufgefunden unter verdächtigen Umständen.

Der andere wichtige Geheimdienst, der nicht der Staatssicherheit zugeordnet ist, sondern dem Verteidigungsministerium untersteht, ist die Militärische Aufklärung. Sie entfaltet ihre Tätigkeit parallel zur außenpolitischen Aufklärung mit dem Fokus auf der Kriegsbereitschaft des Gegners, arbeitet aber mit denselben Strukturen und Methoden wie die Stasi. Die militärische Aufklärung konzentriert sich auf das militärische Potential, das die westlichen Staaten und vor allem die NATO unterhalten. Auch die militärische Aufklärung baut legale und illegale Residenturen auf dem Territorium der Einsatzländer auf. Zur Tarnung nutzt sie die Institution der Militärattachés an den Botschaften. Die Konkurrenz zwischen den Diensten des Innen- und des Verteidigungsministeriums und ihre Beziehungen untereinander sind bis heute kaum erforscht, dürfte aber interessanteste Ergebnisse liefern.

Die Aufklärung nutzt im Ausland für ihre Arbeit die Residenturen. Diese können legal oder illegal sein. Legal ist jene Residentur, die zur Tarnung eine legal existierende bulgarische Institution im Ausland benutzt. Dies sind hauptsächlich diplomatische Vertretungen, aber auch Strukturen, die dem Transportministerium oder der Bulgarischen Telegraphen-Agentur gehören.

Eine legale Residentur hat folgende Struktur:

Resident: Organisiert und kontrolliert die gesamte Tätigkeit der Residentur, befiehlt die operativen Arbeiter und befasst sich persönlich mit operativer Agententätigkeit.

Operative Arbeiter: Führen operative Agententätigkeit aus.

Kryptograph: leitet die chiffrierte Korrespondenz.

Funker: sendet und empfängt die verschlüsselte Korrespondenz und ist für die Funktionstüchtigkeit der Funkstation verantwortlich.

Chauffeur: verantwortlich für den technischen Zustand des Wagenparks der Residentur. Auf Anweisung des Residenten führt er technische und andere Hilfsdienstleistungen aus.

Operative Bewachungsarbeiter: Sorgen rund um die Uhr für die bewaffnete Bewachung der Vertretung; keine weiteren Aufgabenbereiche.

Die illegalen Residenturen nutzen keine diplomatischen Vertretungen zur Tarnung. In ihnen arbeiten Aufklärer mit Spezialausbildung, die mit einer geänderten Identität und unter irgendeinem überzeugenden Vorwand ins Ausland geschickt werden, zum Beispiel um eine von der Aufklärung finanzierte Firma zu betreiben. Dies gibt ihnen die Gelegenheit, häufig zu reisen. In der Theorie sind die Vorzüge und Privilegien ihrer Arbeit für die Illegalen erheblich, doch sind auch die damit verbundenen Risiken groß, dass diese Aufklärer zu Doppelagenten werden, da sie von der Zentrale aus kaum kontrolliert werden können. In den 1960er Jahren, vermutlich aber auch später noch, werden illegale Residenturen vermutlich nur in Griechenland und der Türkei eingerichtet.

SPIONAGEABWEHR UND POLITISCHE POLIZEI

Die Staatssicherheit macht keinen Unterschied zwischen Spionageabwehr und politischer Polizei. Dies ist Ergebnis der unter dem Kommunismus herrschenden Philosophie, dass jeder Versuch des Widerstandes gegen das Regime Folge einer äußeren Aktivität ist, also einer Abweichung. Ziel des Geheimdienstes ist, es, die innere Sicherheit des Regimes zu gewährleisten.

Im Unterschied zum Nachrichtendienst haben die Abteilungen für innere Sicherheit eine vergleichsweise größere Autonomie von der Sowjetunion, da ihre Tätigkeit sich fast ausschließlich im Landesinneren abspielt und unter voller Kontrolle der BKP steht. Diese verlangt, dass sich die Stasi mit den realen und potenziellen politischen Gegnern des Regimes befassen soll: von ausländischen Bürgern angefangen, die der Spionagetätigkeit gegen den Staat verdächtigt werden, über die Reste der ehemaligen Oppositionsparteien und religiösen Gemeinschaften bis zur Ausschaltung potenzieller Dissidenten und aller, die am kommunistischen System zweifeln. Obwohl sie keine Hätschelkinder des Systems wie die Aufklärer im Ausland sind, haben diese Aufklärer das Privileg, zu den wenigen zu gehören, die eine realistische Information über die Situation und die Stimmung im Lande haben. Ein Scheitern ist praktisch ausgeschlossen, weil die Agenten sehr geringe Möglichkeiten haben, außer Kontrolle ihrer Führungsoffiziere zu geraten. Zudem können diese Dienste durch die Information, die sie weitergeben und die Akzente, die sie setzen, in kleinerem oder größerem Ausmaß auf die Entscheidungen der politischen Führung Einfluss nehmen.

Die Macht der Strukturen für innere Sicherheit ist umgekehrt proportional zur Legitimität des Regimes: je stabiler also das Regime, desto schwächer die Strukturen für innere Sicherheit – und umgekehrt. Nach 1954 durfte der Geheimdienst nicht die BKP überwachen. Doch dies Verbot hält nicht lange. Mit dem Erstarken der Gegner Shirkovs wird die Versuchung groß, auch die Partei auszuspionieren. So wird 1967 die Politische Polizei im engeren Sinne des Wortes formiert: die Sechste Hauptdirektion der Staatssicherheit. Dieser wird die Aufgabe übertragen, sich nicht nur mit Dissidenten zu befassen, sondern auch mit politischer Opposition innerhalb der Partei. Im Laufe der Zeit verwandelt „die Sechste“ sich in eine Art Leibgarde des Ersten Sekretärs der BKP. Mitte der 1980er Jahre bespitzelt diese Direktion auch die höchsten Parteifunktionäre, sammelt und archiviert Material über sie; auch die dem Generalsekretär nahen Personen sind davon nicht ausgenommen. Diese Entwicklung zeigt die Unmöglichkeit einer inneren Reform des Regimes, denn eine der Funktionen der Staatssicherheit ist, alle Versuche zu einer solchen Reform zu verhindern.

Die wichtigste Direktion der Spionageabwehr ist die Zweite Hauptdirektion. Sie war Mitte der 1960er Jahre die größte Direktion und auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Unter dem Namen Komitee für Staatssicherheit ist sie innerhalb des Apparates eigenständig und direkt dem Ministerrat unterstellt. Wenig später verliert sie Funktionen: 1967 wird aus ihren Strukturen die Sechste Hauptdirektion und 1986 die Direktion der Spionageabwehr im Dienste der Wirtschaft herausgelöst.

Nach 1970 beschränken sich die Aufgaben der Zweiten Hauptdirektion vornehmlich auf die Kontrolle der ausländischen diplomatischen Vertretungen und der Verhinderung fremder Aufklärungsversuche; sie spielt aber auch weiterhin eine Rolle im Kampf gegen „feindliche Emigranten“. In ihrem Dienst stehen bulgarische Bürger, die in den ausländischen diplomatischen Vertretungen arbeiten oder die Kontakte zu ausländischen Diplomaten haben. Die bulgarischen Dienste verfolgten jeden Schritt der ausländischen Diplomaten, vor allem solcher aus sogenannten Feindstaaten, also vornehmlich solcher aus Westeuropa und den USA. Die Spionageabwehr unterhält zusätzlich ein breites Agentennetz außerhalb dieser Kreise, u. a. dürfen auch ausländische Studenten angeworben werden. Zudem unterhält sie Agenturen im Ausland, die das Ziel haben, „Vaterlandsverräter und unserem Land feindlich gesonnene Aufklärungszentren zu bearbeiten“.

Die Dritte Hauptdirektion, die Militärische Spionageabwehr, hat dieselbe Zielsetzung wie sie die Zweite

Hauptdirektion in ihrer Frühzeit hatte, nur in Bezug auf die Armee. Unter ihrem Dach vereint sind der Kampf gegen fremde Aufklärungsversuche im Militär sowie die Rolle der politischen Polizei in ihm. Ihre zentrale Aufgabe ist es, für die politische Loyalität der Soldaten zu sorgen. In einem Parteibeschluss von 1963 wird die militärische Spionageabwehr definiert als „politisches Staatsorgan des Innenministeriums, das die Aufgaben ausführt, die das ZK der BKP und die Regierung der Volksrepublik Bulgarien ihr übertragen im Bereich der Gewährleistung der Staatssicherheit bei den bewaffneten Kräften und der Pflicht zur Teilnahme am Arbeitsdienst in der Volksrepublik Bulgarien.“ Die Militärische Spionageabwehr wird vom Innenministerium geleitet, während der militärische Nachrichtendienst dem Verteidigungsministerium untersteht. Dieser Teilung liegt wahrscheinlich der Wunsch der kommunistischen Machthaber zugrunde, eine gegenseitige Kontrolle der einzelnen Machtstrukturen im Staat herzustellen und so die Gefahr zu großer Machtkonzentration zu verhindern.

Die Aufgaben und Rechte der Militärischen Spionageabwehr spiegeln die Geheimhaltungsmanie hinsichtlich des Militärs des kommunistischen Bulgarien. Die Militärische Spionageabwehr soll gewährleisten, dass Militärgeheimnisse gewahrt bleiben und dass militärische Objekte nicht ausspioniert werden. Dabei greifen die Mitarbeiter auch in das private Umfeld ein; sie dürfen Agenten in den um die Militärniederlassungen gelegenen Siedlungen anwerben. Da der Geheimdienst davon regen Gebrauch machte, wuchs im Lauf der Jahre eine riesige Struktur auf.

Die Vierte und die Fünfte Hauptdirektion sind nicht operationelle Direktionen, deren Tätigkeit weiter unten erläutert wird.

Die Sechste Hauptdirektion ist die Politische Polizei des kommunistischen Regimes nach sowjetischem Muster. 1967 wird Juri Andropov zum neuen KGB-Chef ernannt. Dieser baut im selben Jahr eine Spezialeinheit im KGB auf, deren Hauptaufgabe im Kampf gegen ideologische Abweichung und in der Neutralisierung von Dissidenten besteht.

Die bulgarische Sechste Hauptdirektion hat identische Ziele. Auch ihre Arbeit richtet sich gegen die sensiblen und potenziell am kritischsten gegen das Regime eingestellten Gesellschaftsgruppen: die sogenannte Intelligenz, die Jugend und die ethnischen Minderheiten; später kommt die Kontrolle von Mitgliedern der BKP hinzu. Diese Gruppen können am stärksten auf die öffentliche Meinung einwirken; daher ist ihre Kontrolle für das Regime von entscheidender Bedeutung. Die

Hauptdirektion kontrolliert zudem die Orthodoxe Kirche, die in der Folge unter dem Kommunismus als Institution marginalisiert wurde. Aufgabe der Direktion ist auch die Abwehr sog. staatsfeindlicher Bekundungen, organisiert von den „Zentren der feindlichen Emigration“ im Ausland und „konterrevolutionären Resten“ im Land.

In struktureller Hinsicht folgt die Sechste Hauptdirektion den Abteilungen der Zweiten Hauptdirektion, die bis dahin für die Abwehr ideologischer Diversion zuständig waren. Gegen Ende des Kommunismus hat die Sechste Hauptdirektion bereits neun Abteilungen; sie beobachteten Gruppen der Gesellschaft, die potenziell antikomunistisch eingestellt sind. Die Hauptdirektion ist ab Mitte der 80er Jahre maßgeblich mit der Abwehr des angeblichen „türkischen Nationalismus“ beschäftigt, d. h. mit der Organisation und Durchführung der Assimilierung und später der Vertreibung eines Großteils der türkischstämmigen Bulgaren.

Auch der Personalbestand dieser Direktion wächst sehr schnell. Diese verfügte Ende 1974 über 594 geheime Mitarbeiter, davon 353 Agenten und 241 Vertrauenspersonen. Allein im genannten Jahr waren 92 neue geheime Mitarbeiter angeworben worden; nach einer internen Überprüfung wurden 52 Personen wieder entlassen, ein paar weitere Agenten wurden aus verschiedenen Gründen nicht mehr beschäftigt. Ende des Jahres verfügt die Direktion über 626 geheime Mitarbeiter, davon 393 Agenten und 233 Vertrauenspersonen, die sich in 282 konspirativen Wohnungen zur Informationsübermittlung treffen.

Die Geschichte der Sechsten Hauptdirektion zeigt, dass sich bereits in der zweiten Hälfte der 1980-er Jahre bestimmte Strukturen der DS nicht mehr an Dienstvorschriften halten mussten. Während es in den 1960-er Jahren der DS ausdrücklich verboten war, Mitglieder der Parteiführung auszukundschaften, wird dies in den 1980-ern zur Priorität. Die Sechste Hauptdirektion trägt auch die Hauptverantwortung für die Durchführung der größten Repressionswelle am Ende der kommunistischen Epoche – des sog. Wiedergeburtprozesses, also der Zwangsmaßnahmen gegen die türkischstämmigen Bulgaren.

Die Ausweitung der Kompetenzen bis hin zum Übertreten von Dienstvorschriften im Lauf der Existenz der Sechsten Hauptdirektion zeigt, wie sehr das Regime innere Gegner bis in den Parteiapparat hinein fürchtete und wie gering es die Integrationsleistung des Kommunismus einschätzte. Die politische Polizei sollte daher die Langlebigkeit der Partei sichern.

In den 1980er Jahren wird die Direktion zur Spionageabwehr in der Wirtschaft gegründet. Sie existierte zunächst ab 1982 als Abteilung der Zweiten Hauptdirektion und wurde im Januar 1986 zur eigenständigen Direktion Nummer vier innerhalb der Staatssicherheit. Ihre Aufgabe ist es, dem Regime Valuta zu beschaffen. Fremdwährungen werden immer knapper, und das Regime steuert auf eine Finanzkrise zu. Die Direktion soll den Engpass durch den „verdeckten Transithandel“, mit anderen Worten Schmuggel, zentral steuern. Der bulgarische Geheimdienst betreibt diesen schon längere Zeit, nun bekommt er zentrale Bedeutung, inklusive des Waffenhandels, der von der Firma Kintex und ihren Tochterfirmen Alltrade, Sokotrade und Inar abgewickelt wird. Ein offizieller Bericht des Innenministeriums von 1991 stellt fest, dass „der verdeckte Transithandel eine offizielle staatliche Politik war“. Er umfasste Waren, die „unter besonderer internationaler Kontrolle standen und für die die Lieferfirmen in den meisten Fällen keine offizielle Importerlaubnis hatten“. Objekte des Schmuggels mit Unterstützung der Staatssicherheit waren Gold, Valuta, elektronische Geräte, Zigaretten, Getränke u. v. m., Reexport von Waffen und Munition sowie Export von „Medikamenten, die unter der Kontrolle der Weltgesundheitsdirektion stehen“.

In den 80-er Jahren beteiligt sich die Staatssicherheit besonders aktiv an Firmengründungen im Ausland. Diese Praxis existiert schon länger, allerdings stehen nicht alle Firmen unter der Kontrolle der Staatssicherheit. Das Ziel dieser Firmen, die größtenteils in westeuropäischen Ländern und in der arabischen Welt gegründet werden, ist es, den sog. „geheimen Transithandel“ (geleitet durch die Vierte Hauptdirektion), den Diebstahl von Embargotechnologien (diese Firmen werden von der Ersten Hauptdirektion geführt) und die Erweiterung der Märkte für die bulgarischen Produkte abzuwickeln. Die Anzahl dieser Firmen ist ca. 450, 712 Mio. Dollar wurden in sie investiert. Es ist nicht klar, wie hoch der im Laufe der Zeit nicht überwiesene Gewinn dieser Gesellschaften ist. Einige Forscher glauben, dass es sich hier um einen Gewinn von über 1 Milliarde Dollar handelt. Viel diskutiert wurde die Frage der ausländischen Firmen, die Anfang der 90-er auf untransparenter Weise privatisiert worden sind. Weit verbreitet ist die Auffassung, dass durch den Kapitalexport in diese Firmen, deren Privatisierung und die spätere Rückführung des privatisierten Kapitals in die bulgarische Wirtschaft das Rückgrat des bulgarischen Kapitalismus in den ersten Jahren nach der Wende aufgebaut wurde – durch Personen, die der ehemaligen Staatssicherheit nahe standen oder aus ihr stammten. Offensichtlich hat es diese Praxis tatsächlich gegeben; die

Historiker streiten aber in Bezug auf das Volumen und den wirtschaftlichen Effekt dieser Transaktionen.

NICHT-OPERATIVE DIREKTIONEN

In der Arbeit der nicht-operativen Direktionen der Staatssicherheit haben Agenten zwar einen nachrangigen Stellenwert, doch dies verringert nicht ihre Bedeutung.

Die Direktion für Gefahrenschutz und Sicherheit (DGS) – die Fünfte Hauptdirektion in der Struktur der klassischen Staatssicherheit, ist eine der bekanntesten und öffentlich sichtbarsten Strukturen. Die DGS nimmt eine Zwischenstellung ein zwischen operativen und nicht-operativen Direktionen, da sie auch über einen eigenen Agentenapparat verfügt. Vornehmliche Aufgabe der Direktion ist die Bewachung der Parteiführung; sie hat sich aber auch um die Versorgung der Nomenklatura mit Gütern zu kümmern, die ansonsten in Bulgarien nicht zu kaufen sind, inklusive der Beschaffung von Luxusgütern. Dies geschieht durch Unterhaltung spezieller Geschäfte, die nur für diese privilegierte Elite zugänglich sind, sowie durch die Organisation eines Systems zur Lieferung bestimmter Waren aus dem Ausland über die Handelsvertretungen Bulgariens im Ausland. Weiter fällt unter ihre Aufgaben die Bedienung, Wartung der Häuser, Sonderversorgung sowie Bewachung und Instandhaltung der Ferien- und Jagdhäuser.

Die DGS ist wahrscheinlich die größte Direktion in der Staatssicherheit, gemessen an der Zahl der Beschäftigten; sie ist faktisch dem Ersten Sekretär der BKP unterstellt, obwohl sie formal als Teil der Staatssicherheit geführt wird und in operativer Hinsicht unter Leitung des Innenministers steht.

Die DGS erhält ihren Namen und die zugehörige Nummerierung als Fünfte Direktion der Staatssicherheit im Januar 1963. Sie ist zuständig für ein gewaltiges Staatsprotokoll, sowohl für die offiziellen Unternehmungen des Regimes wie auch für das Privatleben der höchsten kommunistischen Führer und ihrer Familien. Dies macht ihre Leiter, Dimiter Gräbtschev und Ilija Kashev zu herausgehobenen Personen, da sie tagtäglich Kontakt mit der Parteispitze haben. Über diesen informellen Einfluss verfügen nur wenige. Dieser Einfluss der Direktion ist in Verbindung mit ihrer Verantwortlichkeit für den Erhalt der Privilegien beim Lebensstandard der Grund dafür, warum ihre Existenz „Chefsache“ bis zum Ende des Regimes bleibt.

Die Wissenschaftlich - Technische Direktion ist eine hoch spezialisierte Struktur, die für alle operativen

Direktionen der Staatssicherheit die notwendige Technik bereithalten soll. Im Unterschied zu den operativen Direktionen, die vorwiegend auf Agenten setzen, arbeitet diese Direktion mit den Möglichkeiten der technischen Aufklärung und Spionageabwehr, also auf signal intelligence „SigInt“. Ein besonderer Akzent liegt hierbei auf der Funkaufklärung.

Zu ihrem Tätigkeitsbereich gehört die technische Absicherung der Überwachung der Ziele der Staatssicherheit, aber auch die von der Spionageabwehr durchgeführten Maßnahmen zur Überprüfung bestimmter Personen, aber auch Tätigkeiten wie die Herstellung falscher Pässe, die zum Aufbau einer Alibi-Identität im Ausland nötig sind. Zu den massenhaft von dieser Dienststelle durchgeführten Maßnahmen gehören Lauschangriffe per Telefonüberwachung oder Wanzenabhörung, visuelle Verfolgung und Beobachtung, das Abfangen von Telex-Übertragungen, heimliches Aufbrechen von Wohnungen und Kontrolle von postalischer Korrespondenz. Die Direktion befasst sich auch mit dem Versenden verschlüsselter Botschaften, dem Verbreiten von Gerüchten sowie mit anderen spezifisch technischen Aufgaben wie der Funkspionageabwehr, der Funkaufklärung und Funkverbindungen.

Der Ermittlungsabteilung der Staatssicherheit gebührt der zweifelhafteste Ruhm. Bereits in den Jahren des Stalinismus war sie für einen großen Teil der außergerichtlichen Repressionen verantwortlich. In den Parteiunterlagen aus dem Jahr 1950 ist festgehalten, dass es „Widerwärtigkeiten“ in der Ermittlungsarbeit gegeben habe; besonders erwähnt wird die Praxis, dass die Untersuchungsgefangenen „rund um die Uhr“ verhört wurden, dass bei den Verhören „erinnerungsfördernd gefragt“ wurde und „Maßnahmen mit physischer Einwirkung“ ergriffen worden seien.

Die Arbeit der Ermittlungsabteilung ist im Detail erst 1952 reglementiert worden, als ihr der Ruf unkonventioneller Verhörmethoden zur Erzwungung von Geständnissen bereits anhaftete. Die „Instruktionen für die Ermittlungsarbeit der Staatssicherheit“ von 1952 beschreiben den Prozess von der Verhaftung eines Verdächtigen über die Ermittlungen gegen ihn, die Arten des Verhörs bis zur Übergabe des Beschuldigten an den Richter bzw. seine Verschickung in ein „Arbeitserziehungsheim“, was gleichzusetzen ist mit Arbeitslager. In diesem Beschluss sind auch die Methoden geregelt, die angewandt werden dürfen, um die Schuld des Verdächtigen zu beweisen. Das Bemühen um Eingrenzung körperlicher Gewaltanwendung ab Mitte der 1950er Jahre lässt den sog. „Kammeragenten“ in den Vordergrund treten. Mit diesem Euphemismus werden Häftlin-

ge in Gefängnissen und Straflagern bezeichnet, die für geringfügige Privilegien bereit sind, als informelle Mitarbeiter der Staatssicherheit Informationen über Mitgefangene zu sammeln.

In den folgenden Jahrzehnten ändert sich der Aufgabenkatalog der Ermittlungsabteilung nicht, auch wenn die Parteiführung bemüht ist, die Anwendung physischer Gewalt als Mittel zur Erzwungung von Geständnissen einzuschränken. Wenn die operativen Direktionen Indizien gesammelt haben, die auf ein nach kommunistischer Terminologie „staatsfeindliches Verhalten“ hindeuten, übergeben sie diese Unterlagen an die Ermittlungsabteilung. Deren Aufgabe es ist, die Schuld des Verdächtigen zu beweisen. Hierzu hat sie das Recht, den Verdächtigen in Untersuchungshaft zu halten, ihn zu verhören und alle übrigen Ermittlungstätigkeiten anzuwenden.

1979 werden alle Ermittlungsstrukturen im Innenministerium vereinigt in der Hauptermittlungsdirektion. In der neuen Struktur gibt es zwei Ermittlungslinien - Ermittlungen der Staatssicherheit und Ermittlungen der Volksmiliz. 1984 beläuft sich ihr Mitarbeiterstab auf 1321 Personen; mehr als die Hälfte davon arbeiten für die Staatssicherheit. Die Arbeit der Ermittlungsbehörde ist in zwei Abschnitte unterteilt: vorbereitende Untersuchungen und operative Arbeit. Im Bereich der vorbereitenden Untersuchungen ist die Abteilung verpflichtet, auch die Bewachung durchzuführen, die Haftbedingungen zu gewährleisten und die eventuelle Isolation der Häftlinge durchzuführen, eine Informationskartei zu führen und die gesammelte Information aufzubereiten. Im Bereich der operativen Arbeit hat die Abteilung die Aufgabe, das Vorgehen in den Haftanstalten und „prophylaktische“ Maßnahmen (schriftliche Warnung der Verdächtigten) zu organisieren. Die Prophylaxe gilt als eine weiche Repressionsmaßnahme, kombiniert aber mit anderen verwaltungstechnischen Maßnahmen wie z. B. Kündigung, Entzug des Wohnrechts in einer bestimmten Stadt ist sie oftmals ein effizientes Mittel zur Unterdrückung der Unzufriedenheit in der Gesellschaft. Die Anwendung physischer Gewalt als Mittel der Beweisgewinnung bleibt allerdings bis zum Ende der Regimes ein Mittel zur Beweiserhebung, auch wenn die Parteiführung weiter bestrebt war, diese Praxis einzuschränken.

Die Arbeit der gesamten Staatssicherheit wäre undenkbar ohne die Abteilung Kartei und Archiv, die die gesammelten Informationen sichert und sie für die operativen Direktionen bereit hält. Hier gibt es eine eigene Kartothek für die von den verschiedenen Direktionen angeworbenen geheimen Mitarbeiter der Stasi. Dies

schließt aus, dass Personen von mehr als einer Direktion als Mitarbeiter angeworben werden können. Die andere Kartothek erfasst die Opfer der politischen Polizei.

Eine andere Direktion der Staatssicherheit, deren Tätigkeit im öffentlichen Raum fast nie zur Sprache kommt, ist die Siebte Direktion, die sog. Dienststelle für Informationsanalyse. Ihre Aufgabe ist die Bearbeitung und Auswertung der auf verschiedenen Kanälen an die Stasi gelangten Informationen. Die aus diesen gezogenen Schlussfolgerungen werden in verallgemeinerter Berichtsform der Parteiführung übermittelt. Ihre vornehmlichste Verpflichtung ist, täglich folgende Informationsmaterialien bereitzustellen:

- täglicher Bericht an die Führungsspitze der Staatssicherheit,
- Bulletin an das ZK,
- dienstliche Informationsbulletins.

Mitte der 1960er Jahre wurde in dieser Direktion eine Gruppe gebildet, die sich mit soziologischen Untersuchungen befasste.

Die Struktur der Staatssicherheit wird abgerundet von Hilfsdirektionen und Abteilungen wie der Personalabteilung oder der Direktion „Rückwärtiger Dienst“, die sich mit Instandhaltung und Bau von Räumlichkeiten für die Stasi beschäftigt. Das Innenministerium verfügt über eine eigene Hochschule, in der es drei Fakultäten gibt: Staatssicherheit, Volksmiliz und Feuerschutz. Die Ausbildungsgänge dauern vier Jahre. Diese Schule unterhält enge Beziehungen zur Sowjetunion; im Zeitraum 1953-1974 wurden in den Schulen des KGB und des Innenministeriums der UdSSR 1038 Bulgaren ausgebildet.

DIE STAATSSICHERHEIT UND DER KOMMUNISTISCHE STAAT

Die Loyalität zur BKP ist das oberste Prinzip, dem sich die Arbeit der Staatssicherheit unterordnet. Alle wichtigen Entscheidungen über die Tätigkeit des Geheimdienstes werden vom Innenministerium erarbeitet und in den entsprechenden Referaten des Zentralkomitees der BKP begutachtet; ihre abschließende Bewilligung erfolgt immer durch die Führung der BKP: das Politbüro oder das Sekretariat des Zentralkomitees. Fast alle Dokumente über die einzelnen Strukturen der Staatssicherheit enthalten die Formulierung, dass die Bediensteten nur Personen sein dürfen, die „der BKP grenzenlos ergeben sind“. Die politische Loyalität ist auch im Erlass über die Staatssicherheit von 1974 leitendes Prinzip. Dort heißt es:

„Die Staatssicherheit entfaltet ihre Tätigkeit unter Führung und Kontrolle des ZK der BKP respektive des Politbüros und des Ersten Sekretärs des ZK der BKP. Die Staatssicherheit führt ihre Tätigkeit durch in Ausführung der Beschlüsse des ZK der BKP, der Gesetze und der anderen normativen Akte. Die Tätigkeit der Staatssicherheit gründet sich auf Parteilichkeit, sozialistische Gesetzlichkeit, revolutionäre Wachsamkeit und die alleinige Leitung und die Unterhaltung enger Beziehungen mit den Werktätigen.“

Eines der Ziele des kommunistischen Staates, das zum Teil erreicht wurde, ist eine klare Abgrenzung zwischen der Parteienomenklatura und dem System der Staatssicherheit zu schaffen. Dadurch sollte erreicht werden, dass die Stasi von politischen Entscheidungen ferngehalten wurde: Von der Staatssicherheit wurde erwartet, dass sie die für die politischen Entscheidungen notwendige Information beschafft. Die Entscheidungen selbst wurden aber von der Parteiführung getroffen. Die Kommunistische Partei erarbeitete Mechanismen zur praktischen Umsetzung dieser politischen Kontrolle auf den repressiven Apparat. Der wichtigste ist die Beobachtung der Stasi durch eine bestimmte Abteilung im Zentralkomitee, für deren Arbeit seinerseits einer der ZK-Sekretäre verantwortlich zeichnete. Nach 1965 bis zum Ende des kommunistischen Regimes lag die Parteikontrolle über die Stasi gänzlich in den Händen Schivkovs.

Ein anderer Machtmechanismus ist die Besetzung der Position des Innenministers. Dieser stammte stets aus der Nomenklatura und nie aus den Machtstrukturen des Ministeriums selbst. Der Minister ist verpflichtet, vor dem betreffenden Ressort des ZK Rechenschaft abzulegen und vor dem für seinen Tätigkeitsbereich zuständigen ZK-Sekretär. Dieselbe Funktion – politische Kontrolle – spielt auch das sog. Kollegium des Innenministeriums, zu dem die Stellvertretenden Minister und andere führende Personen im Ministerium gehören. Es etabliert sich als kollektives Leitungsorgan des Innenministeriums. Es ist berechtigt, Streitfragen direkt ins ZK der Partei einzubringen.

Theoretisch hat die Staatssicherheit begrenzte Vollmachten in Bezug auf die Bespitzelung der Mitglieder der Parteienomenklatura und die Anwerbung von Mitarbeiter unter ihnen. Dieses Prinzip wurde allerdings nie in der Praxis eingehalten, da aus den bis jetzt geöffneten Archivakten ehemaliger geheimer DS-Mitarbeiter ersichtlich ist, dass ein großer Teil von ihnen auch Mitglied in der Kommunistischen Partei war. Theoretisch sollte die oberste Parteiführung nicht ausgekundschaftet werden, z. B. durften die Leiter der diplomati-

schen Missionen im Ausland, sowie auch die Mitglieder der „kommunistischer Bruderparteien“, von den Residenturen nicht bespitzelt werden. Beide Prinzipien wurden aber nicht konsequent befolgt. So wurde zum Beispiel in den 80-er Jahren die Staatssicherheit immer häufiger gegen unbequeme Mitglieder der Parteiführung eingesetzt, und Anfang der 70-er Jahre, nach dem Prager Frühling 1968, erhält der Nachrichtendienst das Recht, „aufklärerische Tätigkeiten, Tätigkeiten zur Spionageabwehr und aktive Maßnahmen zur politischen Beeinflussung“ auch in „einigen sozialistischen Ländern durchzuführen“.

Auf unterer Ebene wird die politische Kontrolle im System der Staatssicherheit von den Parteiorganisationen im Innenministerium wahrgenommen. Diese Kontrolle ist permanent und umfassend, sie reicht bis in das Privatleben der Mitarbeiter und umfasst auch Fragen ihres moralischen Verhaltens und ihrer Arbeitsdisziplin. Die Partei, in denen alle Offiziere Mitglied sind, erstellt regelmäßig Beurteilungen der Mitarbeiter, die Grundlage für die berufliche Weiterentwicklung sind.

Ziel dieser Schutzmechanismen ist die Durchsetzung voller politischer Kontrolle in Verbindung mit einer klaren Abgrenzung und Zuordnung zwischen Parteiführung und Staatssicherheit.

Inwieweit diese Mechanismen ihrer Aufgabe gerecht werden, hängt von der Stabilität des Regimes ab und von der Kraft der politischen Führung. Das Verhältnis zwischen Staatssicherheit und Kommunistischer Partei ist in der Praxis bei weitem nicht konfliktfrei, zumal besonders in Krisenmomenten die politische Loyalität zur BKP rasch durch die persönliche Loyalität zum Parteichef abgelöst werden kann. Diese Perioden in der Geschichte des kommunistischen Regimes sind die Zeiten größter politischer Repressionen. Beispiel hierfür ist die Aktivierung der Politischen Polizei in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, besonders im Zusammenhang mit der Unterdrückung der türkischen Minderheit.

Im kommunistischen Regime nimmt die Staatssicherheit eine Zwischenstellung zwischen der regierenden Partei und allen übrigen Strukturen im Staat ein – den staatlichen Behörden und Ämtern, den öffentlichen Organisationen, aber auch den Organisationen der Bulgaren im Ausland und der Privatsphäre der Bürger.

Die Beziehungen zwischen diesen drei Ebenen sind streng hierarchisch. An der Spitze der Pyramide steht die Kommunistische Partei, die die politischen Entscheidungen trifft. Unter ihr befindet sich die Staatssicherheit; ihre Aufgabe es ist, die Umsetzung dieser Entscheidungen zu kontrollieren. Sie ist der Puffer, der

potenzielle Erschütterungen abzufedern hat, vor allem durch Repressionen auf diejenigen, die mit der Regierung unzufrieden sind.

Diese Charakteristik der bulgarischen Staatssicherheit entspricht der Beschreibung Hannah Arendts über die Geheimpolizei in totalitären Staaten. Der Liberalisierungsversuch zwischen 1954 und 1967 ist eher untypisch. Er endet mit der Ernennung Juri Andropovs zum KGB-Chef und vor allem mit dem Prager Frühling 1968. Die repressive Gewalt der bulgarischen Sicherheitsdienste in der Mitte der 1980er Jahre gegen die ethnischen Türken als neuer „objektiver Feind“ findet hier ihren sichtbarsten Ausdruck. Diese verleitet die Parteiführung, immer mehr auf Repression zu setzen als auf Ressourcen zur Erzeugung politischer Legitimität. Aber diese hat es nicht mehr vollumfänglich in der Spätphase der Diktatur gegeben, so dass nur Repression oder Kapitulation als Alternativen existierten.

ERBE UND VERMÄCHTNIS DER STAATSSICHERHEIT

Eine der zentralen Fragen des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in Bulgarien war die Frage, was mit den Archiven der kommunistischen Staatssicherheit geschehen sollte. Im Unterschied zu den Ländern Zentraleuropas reichte die anfängliche Energie nicht aus, ihre Öffnung herbeizuführen. In den 1990er Jahren verschwand diese Frage von der politischen Tagesordnung. So hatten die Offiziere und Agenten der Staatssicherheit Zeit, unentdeckt Verteidigungsstrategien zu entwickeln und ins Geschäftsleben oder in die Politik zu wechseln. Es ist daher offensichtlich, dass es Verbindungen gibt zwischen der geheimen Macht der Staatssicherheit und der sich neu formierenden Wirtschaftselite Bulgariens.

Die Forderung nach Öffnung der Archive verschwand nicht vollkommen; sie wurde getragen von Nichtregierungsorganisationen und einigen Journalisten, die versuchten, sich der mittlerweile ausbreitenden Nostalgiewelle zu widersetzen. Dieser öffentliche Druck, verstärkt durch Forderungen der EU in den Beitrittsverhandlungen sowie die Überzeugung der Regierenden, dass die Öffnung der Archive keine große Bedeutung mehr habe⁴, führte Ende 2006 zum Beschluss, eine Stasi-Akten-Kommission zu schaffen. Sie nahm 2007 ihre Tätigkeit auf, gestützt auf ein vorbildliches Gesetz zur Nutzung der Archivalien. Die Kommission konnte schnell durch Offenlegung von Namen derer, die für die Stasi gearbeitet hatte, Vertrauen gewinnen, beginnend mit der politischen Elite der Übergangszeit, bis hin zu

⁴ Ministerpräsidenten Sergej Stanishev: „Welcher normale Mensch interessiert sich schon für Archiv-Akten?“

einflussreichen gesellschaftlichen Gruppen wie den Medien, den Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Geschäftsleuten u. a. Ein weiterer wichtiger Erfolg der Kommission ist, dass es ihr gelang, Dokumente über die ehemaligen Strukturen der Staatssicherheit zu sammeln und sie in einem gesonderten Archiv zusammenzuführen, das von der Kommission verwaltet wird.

Unbestreitbar ist die Öffnung dieser Archive viel zu spät erfolgt. Was haben wir bis zu diesem Moment aus ihnen gelernt? Der Anteil der ehemaligen Stasi-Mitarbeiter in den geprüften Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen lag in etwa bei zehn Prozent. Auf den ersten Blick befriedigt die Niedrigkeit dieses Prozentsatzes. Es gab jedoch Institutionen, die eine Ausnahme von dieser Regel bilden: Der Anteil der Stasi-Mitarbeiter unter den Karriere-Diplomaten des Außenministeriums betrug zum Zeitpunkt der Prüfung etwa 60 Prozent, und der Prozentsatz der Stasi-Mitarbeiter in der Führung der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche und der der anderen Glaubensgemeinschaften erwies sich als noch höher. So unterschiedlich diese Institutionen auch sein mögen, sie haben gemeinsam, dass sie konservative Strukturen sind, in denen sich der Generationenwechsel langsam vollzieht, und in denen die Auswahl von Führungspersonal durch einen vergleichsweise engen Personenkreis erfolgt. Die Untersuchungsergebnisse in diesen zwei Institutionen zeigen, dass die Präsenz von Stasi-Kadern in der Administration in den ersten Jahren nach der Wende beträchtlich war - mit Auswirkungen bis heute. Der Bruch mit der Vergangenheit war alles andere als klar. Es gab in den Sicherheitsdiensten nur halbherzige Reformen, die der öffentlichen Erwartung an eine Schließung der Behörde der Politischen Staatspolizei zufriedenstellen sollten. Andererseits sollte der Einfluss dieser Dienste so geringfügig wie möglich eingeschränkt werden. Formal endete die Geschichte der Staatssicherheit Anfang 1990. Die kompromittierende Sechste Abteilung der Sechsten Hauptdirektion wurde geschlossen, die anderen Strukturen der Staatssicherheit wurden aber nur umbenannt oder umstrukturiert in die Nationale Verfassungsschutzbehörde (Spionageabwehr), in den Nationalen Aufklärungsdienst und die Nationale Sicherheitsbehörde. Ein Teil der operativen Mitarbeiter der alten Strukturen wurde entlassen, ein Teil neu eingestellt in diese „neuen“ Dienststellen. Eine dritte Gruppe erhielt das Recht, ihre „parallele Biographie“ weiterzuführen und blieb – d. h. obwohl formell entlassen, arbeiteten sie weiter in den Behörden oder Betrieben, in denen sie früher als verdeckte Agenten tätig waren.

Nach der Wende und nach der Trennung von Partei und Staat verlor die BKP selbstverständlich die Kontrolle

über den Geheimdienst. Die alte Garde der Parteinomenklatur trat von der politischen Bühne ab. Die informellen Beziehungen zwischen den ehemaligen Offizieren der Staatssicherheit und der Führung der Bulgarischen Sozialistischen Partei aber blieben. Das führte zur Gründung der sog. „Bewegung der Generäle“, einer informellen, aber einflussreichen Gruppe der ehemaligen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes. Dadurch waren sie auch politisch vertreten. Trotz des Drucks der Gesellschaft wurden die Akten der Staatssicherheit bis 2006 nicht geöffnet, und die angezeigten Offiziere - von der BSP aktiv in Schutz genommen. Die BSP konnte sich darüber hinaus in großem Umfang ihre Initiativkraft in den politischen Prozessen erhalten.

Wer ist der Gewinner in dieser Situation? Die sog. Experten oder Technokraten. Das Fehlen politischer Kontrolle eröffnete den Experten nach 1990, die Jahre lang auf den niederen Ebenen der staatlichen Administration nur exekutive Funktionen ausgeübt hatten, den Weg an die Spitze der Verwaltung, aber auch der politischen Macht. Sie hatten bisher nicht hoffen können, sich gegen die Nomenklatura der Partei durchzusetzen, die ihnen den Weg zu den politisch maßgeblichen Ämtern versperrt hatte. Wie sich herausstellte, waren nicht wenige dieser Experten Mitarbeiter der Staatssicherheit, die, wie gezeigt, während des Kommunismus eine große Rolle in der Verwaltung spielte und ein wichtiges (wenn auch nicht das einzige) Wort bei der beruflichen Entwicklung der Verwaltungsbeamten und Angestellten mitredete.

So zeichnen sich die Umrise eines Netzwerks aus den frühen Jahren des Übergangs ab. Es ist das Netzwerk der Experten aus der Verwaltung, die in Verbindung mit den entlassenen operativen Arbeitern der Staatssicherheit stehen. Die wiederum unterhalten weiterhin informellen Kontakt zu ihren ehemaligen Kollegen und werden in den umbenannten und umstrukturierten Sicherheitsdiensten neu eingestellt. Zu diesem Netzwerk gehören auch die Agenten dieser Offiziere (operative Arbeiter).

Neben der Verwaltung und neben den Sicherheitsdiensten infiltrierte die Staatssicherheit die neue Wirtschaftselite Bulgariens nach 1990. Während des Kommunismus war die Staatssicherheit die Institution, die am wenigsten auf Talent, Fähigkeit und Verdienste setzte. Zu Beginn der Transformation gelang es den Offizieren der Stasi, durch ihre informellen Netzwerke ihren Einfluss sowohl in der Verwaltung als auch im gerade Laufen lernenden bulgarischen Geschäftsleben zu halten, ohne ihre Kontakte zu den umstrukturierten Sicherheitsdiensten zu verlieren. Das Eindringen des

institutionellen (Un-)Geistes der Staatssicherheit besteht im Widerstand gegen jedwedes Qualitätskriterium für beruflichen Aufstieg oder Erfolg; stattdessen zählen persönliche Kontakte, Bekanntschaften und Nepotismus. Dieser Einfluss der Staatssicherheit zeigt sehr anschaulich das Außenministerium, wo der hohe Anteil von Stasi-Mitarbeitern unter den Karrierediplomaten ein Beleg dafür ist, dass es kein System gibt, das beruflichen Aufstieg an Verdienste koppelt, so dass sich bis heute keine neue administrative Elite im diplomatischen Dienst bilden konnte! Dieser Widerstand gegen das Verdienstprinzip bei Karriere und Erfolgsaussichten ist eines der großen Probleme in der staatlichen Administration Bulgariens, aber auch in der noch jungen Privatwirtschaft. Dies ist auch der Grund, warum so viele Bulgaren ihre Hoffnungen auf Überwindung dieses Vermächtnisses auf die Europäische Union setzen. Die Spannungen zwischen den alten Kadereliten und den jungen Verdiensteliten können auch die Proteste im Sommer 2013 erklären, die ein Versuch sind, einer auf persönlicher Leistung und Können und nicht auf Beziehungen und Machtstrukturen gründenden Prosperität zum Durchbruch zu verhelfen.

LITERATURAUSWAHL

Белене. Бочев, Ст., Белене. *Сказание за концлагерна България*. Фондация Българска наука и изкуство, С., 2003 г.

Баев, Йордан, Костадин Грозев. *Българските специални служби през годините на Студената война*. Българска изследователска група за Студената война. С., 2005, с.21.

Държавна сигурност и краят на тоталитаризма. Документален сборник (Под редакцията на Валери Кацунов. Съставители: Мария Дерменджиева, Момчил Методиев). КРДОПБГДСРСБНА. София, 2011 г.

Държавна сигурност. Структура и основни документи (Под редакцията на Орхан Исмаилов и Татяна Кирякова. Съставители: Мария Бонева, Христо Христов). КРДОПБГДСРСБНА. София, 2011 г.

Държавна сигурност – политическа полиция (Под редакцията на Орхан Исмаилов. Съставители: Орхан Исмаилов, Христо Христов, Момчил Методиев. КРДОПБГДСРСБНА. София, 2011 г.

Методиев, М. *Машина за легитимност. Ролята на Държавна сигурност в комунистическата държава*. Институт за изследване на близкото минало & СИЕЛА. София 2007 г.

Мешкова, П. Шарланов, Д. *Българската гилотина. Тайните механизми на Народния съд*, София, Агенция "Демокрация", 1994 г.

Христов, Хр. *Секретното дело за лагерите*, София, Изд. Иван Вазов, 1999 г.

Христов, Хр. *Държавна сигурност срещу българската емиграция*, София, Изд. Иван Вазов, 2000 г.

Христов, Хр. *Убийте „Скитник“: Българската и британската държавна политика по случая Георги Марков*. София, Изд. СИЕЛА, 2008 г